

Das Ende des Westens?

Kontroverse Standpunkte zur Neubestimmung der deutschen Außenpolitik

1. Einleitung: Trump mit Putin - das Ende des Westens ?
2. Maulls Diagnose: Versäumnisse der deutschen Außenpolitik
3. Münklers Diagnose: Die Illusionen des liberalen Idealismus
4. Münklers Lösung: Politische Führung der EU durch Deutschland
5. Maulls Lösung: Das Konzept Zivilmacht erneuern
6. Kurzes Fazit

Ende des Westens ? Ende der liberalen internationalen Ordnung?

- „Als **Wertegemeinschaft** hat Vance den Westen auf der Münchener Sicherheitskonferenz beerdigt, den Westen als **geopolitischen Akteur** hat Trump seit Längerem schon zerschossen, als **Wirtschaftskreislauf** wird der Westen jetzt durch die US-Schutzzölle erledigt“. Herfried Münkler, SZ 8./9. März 2025, S. 10
- Die liberale internationale Ordnung „basiert auf **drei zentralen Säulen**: einer offenen, ausgeprägt institutionalisierten und **verrechtlichten Weltwirtschaftsordnung; Sicherheitsordnungen** in Europa und Ostasien, die durch bilaterale und kollektive Verteidigungsbündnisse mit den USA stabilisiert wurden, sowie der **westeuropäischen Integration**, vornehmlich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften.“ Diese begannen „nach 2001 zu erodieren und schließlich mit der Zeitenwende des Angriffs Rußlands auf die Ukraine (2014/2022) und der Abkehr der USA von ihren Bündnissen unter Präsident Trump zu kollabieren“ Maull 2025: S. 2

Geostrategische Neubestimmung oder Erneuerung der Zivilmacht Deutschland ?

SWP

SWP-Studie

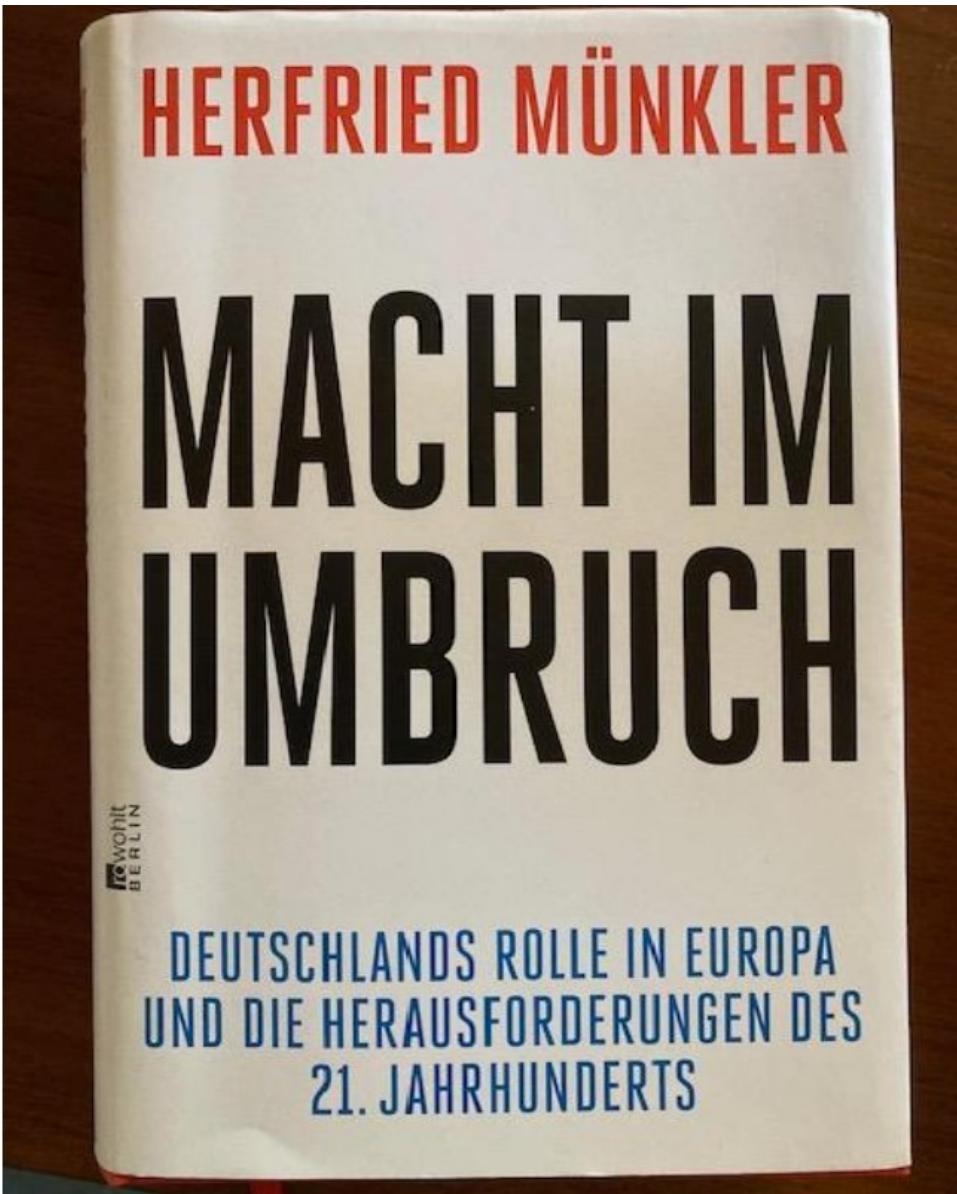
Hanns W. Maull
Noch Zivilmacht?

Die Außen- und Sicherheitspolitik der
Bundesrepublik Deutschland



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 13
September 2025, Berlin



Drei Grundprinzipien der bundesdeutschen Außenpolitik nach Maull

- „**Nie wieder**“ - eine Absage an Totalitarismus und expansionistische militärische Machtpolitik
- „**Niemals im Alleingang**“ - Souveränitätsverzicht und Multilateralismus, konkretisiert vor allem in Unterstützung der europäischen Integration, des transatlantischen Verteidigungsbündnisses und der Verrechtlichung der internationalen Politik.
- „**Diplomatie statt Gewalt**“ – umfassender Gewaltverzicht, auch in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, insbesondere um Fragen der deutschen Einheit.

Zivilmacht Deutschland

- Maull spricht vom **Rollenkonzept der Zivilmacht** und meint damit eine im Selbstbild und in Narrativen verfestigte, außen- und sicherheitspolitische Grundorientierung oder „grand strategy“.
- Charakterisiert durch die oben genannten drei Prinzipien zielt diese Außenpolitik auf „Sicherheit durch kollektive Verteidigung bzw. Abschreckung und eine Zivilisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen in (West-)Europa sowie, perspektivisch, im Weltmaßstab“ (Maull, S. 3).
- Zivilmacht ist nicht zu verwechseln mit Pazifismus oder generellem Verzicht auf militärische Machtmittel.

Zivilmacht und Grundgesetz

- Nach Maull ist das Zivilmachtkonzept in Grundzügen bereits vom Grundgesetz vorgegeben.
- Die Präambel, bezieht sich auf ein vereintes Europa und den „Frieden der Welt“, Art. 23-26 (zur EU, Übertragung von Hoheitsrechten, Vorrang des Völkerrechts, Verpflichtung auf Friedenssicherung), 87a, 115a (Streitkräfte nur zur Verteidigung, Parlamentsarmee).
- Darüber hinaus entspricht das Konzept der Zivilmacht mit seiner Orientierung auf eine liberale Weltordnung grundsätzlich der inneren Ordnung der Bundesrepublik als einer liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie.

Defizite der Zivilmacht nach 1990

- Berlin konzentrierte sich immer mehr auf Deutschlands Wirtschaftsmacht, was zu einer gewissen Re-Nationalisierung der deutschen Politik führte (Nordstream 2 auch gegen europ. Partner, starker Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu China).
- Vernachlässigung der europäischen Partner und der multilateralen Institutionen, insbesondere der EU (Ignoranz gegenüber verschiedenen Initiativen Frankreichs) und der Nato.
- Eine zunehmend weltfremde Sicht auf die internationalen Beziehungen, vor allem in Bezug auf Russland und eine Vernachlässigung der Verteidigungsbereitschaft Deutschlands.

Hauptgründe für den Niedergang der regelbasierten internationalen Ordnung

- Der zunehmende Unilateralismus Washingtons
- Eklatante Verletzungen des Völkerrechts durch die USA (Irakkrieg, Guantanamo, gezielte Tötungen weltweit u.a.m.)
- Angriffskriege Russlands (Tschetschenien, Georgien, Ukraine)
- Die Hegemonialpolitik Chinas, etwa im südchinesischen Meer
- Tendenz der Großmächte zur Aufteilung der Welt in Einflusszonen

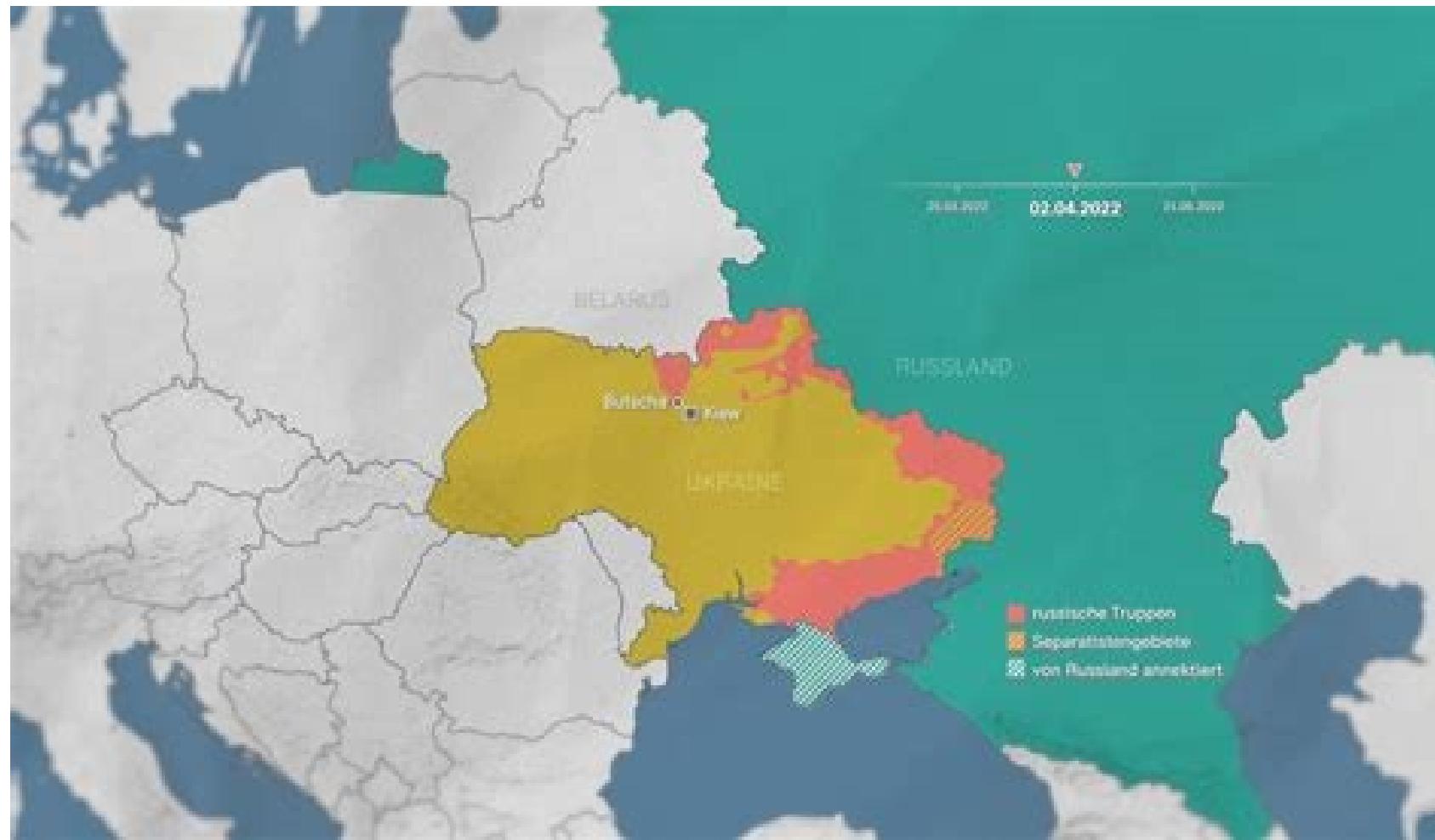
Illusionäre Glaubenssätze der deutschen Politik um 2000 nach Münkler

- Ein unaufhaltsamer Bedeutungsverlust von nationalen Grenzen
- Ständiges Wachstum des globalen Austausches von Gütern und Wissen
- Die Ersetzung politischer Feindschaft durch wirtschaftliche Konkurrenz
- Die Überzeugung, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, nicht militärische Stärke bestimmten das internationale Gewicht eines Landes.

Der liberale Idealismus hat sich als Illusion erwiesen

- „Der Traum von einer grenzenlosen Welt, vom global village, ... ist bei allen, die Politik nicht als einen Ort für exzessive Wunschbilder ansehen, ausgeträumt.“ (115).
- Die Erwartungen „in Richtung einer über Kapital- und Güterströme integrierten globalen Ordnung, deren strittige Fragen durch Schiedsgerichte nach zuvor vereinbarten Regeln entschieden werden ... sind enttäuscht worden“ (310).
- „Stattdessen ist eine multipolare Welt entstanden, in der sich die Europäer entscheiden müssen, ob sie einer der die globale Ordnung mitgestaltenden Akteure sein wollen“ (311).

Russlands Angriff auf die Ukraine



Russlands Eurasismus als geopolitische Tiefenstruktur des Ukrainekrieges

- Russland verfolgt die langfristige Strategie, den transatlantischen Westen zu spalten und einen eurasischen Raum unter seiner Hegemonie zu schaffen.
- Ein erster Schritt hierzu ist es, die politische und militärische Kontrolle über die Ostsee und das Schwarze Meer zurückzugewinnen.
- Deshalb die Kriege in Tschetschenien, Georgien, die Eroberung der Krim und der Ukrainekrieg, deshalb der hybride Krieg im Ostseeraum.
- Ideologisch unterfüttert wird das durch Kritik am dekadenten individualistischen Westen, Ablehnung von Masseneinwanderung und Genderpolitik sowie positiv mit Ethnopluralismus und Autoritarismus.
- Deutschland muss entscheiden, „ob es die Zentralmacht eines nach Westen orientierten Europas oder eine an Russland angelehnte Macht sein wird“ (154)

Fünf Merkmale des Westens als Wertegemeinschaft

- Individuelle Freiheitsrechte
- Bürgerschaftliche politische Partizipation der Bürger
- Überprüfbarkeit politischer Entscheidungen auf ihre Verfassungskonformität
- Staatsunabhängige öffentliche Kommunikationskultur
- Eine möglichst korruptionsresistente marktwirtschaftliche Ordnung

Münkler fordert vor Trumps Wahlsieg noch eine „Härtung des Westens“, eine Stärkung des geostrategischen Westens im Verhältnis zum Westen als Wertegemeinschaft (249).

Grundproblem der Europäischen Integration: Bürokratische Regulierung statt politischer Führung

- Die EU ist eine Kompromissmaschine. Sie schafft „Kompromisse zwischen den Kompromissen in der Kommission und den Kompromissen im Ministerrat“ (135).
- Zunahme der Parlamentsrechte führt nicht zu mehr Beteiligung der Bürger, sondern zu noch mehr und noch komplizierteren Kompromissen.
- Als Konsequenz entsteht Unzufriedenheit bei allen Beteiligten.
- Fehlende politische Führung wird durch Bürokratie und rechtliche Regulierung ersetzt, was zu noch mehr Europaskepsis führt.

Die EU soll ein souverän handlungsfähiger internationaler Akteur werden

Dies erfordert:

1. Geopolitische Einsichten
2. Politisch urteilsfähige Bürger, die bereit sind kurzfristige Interessen zugunsten des Gemeinwohls zurückzustellen, vor allem aber
3. Eine Politische Führung, die zu initiativem Handeln fähig ist

Drei Aufgaben für eine politische Führungsmacht innerhalb der EU

1. Eine Reform, die den Beitritt weiterer Staaten ermöglicht, ohne dass die Union dadurch noch schwerfälliger und unbeweglicher wird,
2. sie muss dafür sorgen, dass die EU in einer multipolaren Welt handlungsfähig wird und ihre Interessen zur Geltung bringen kann
3. muss sie nach dem (teilweisen) Rückzug der USA aus der NATO einen Teil der militärischen Führung übernehmen.

Ziel muss es dabei sein, die EU „von einer administrativ scheinhomogenisierten in eine politisch integrierte Institution umzubauen“ (353).

Strukturreform der EU

Die EU soll vor allem durch zwei Reformen handlungsfähig werden:

1. Schaffung eines **hierarchischen Zentrums** aus den Staaten, die in der Sicherheits- und Außenpolitik der Union eine besonders gewichtige Rolle spielen (Deutschland, Frankreich, Polen, ev. Italien, Spanien und ein Vertreter der baltischen und skandinavischen Staaten). In diesem Machtzentrum sollte das Mehrheitsprinzip gelten.
2. Eine zwei-, besser sogar dreistufige Mitgliedschaft (**Projekt der abgeflachten Ränder**). Rechte und Pflichten wären abgestuft, wodurch strategische Handlungsfähigkeit und Erweiterung (Balkanländer, Türkei, Nordafrika) vereinbar würden.

Deutschland als prädestinierter „servant leader“

- Nur Deutschland verfügt dank seiner Größe und wirtschaftlichen Stärke über die notwendigen Ressourcen.
- Die Mittellage des Landes prädestiniert es für eine Politik des Ausgleichs zwischen Nord und Süd, Ost und West in Europa.
- Deutsche Politiker sind durch die Auswahlmechanismen des politischen Systems - anders als etwa französische - in Kompromissbildung geschult.
- Die Bürger Deutschlands sind noch am ehesten bereit, einzusehen, dass die Union für das eigene Land von großem Nutzen ist und deshalb u.U. bereit, Kosten und Lasten einer solchen, „dienenden“ Führungsrolle zu tragen.

Nicht Demokratisierung, Handlungsfähigkeit

- Sowohl für die EU wie für Deutschland sollten Reformen nicht zu weiteren Demokratisierungen, sondern zu Handlungsfähigkeit und strategischer Autonomie führen.
- Für D erfordert dies eine Stärkung der Exekutive gegenüber der Judikative und der Legislative, bspw. durch Abschaffung des Parlamentsvorbehalts bei Bundeswehreinsätzen.
- Dazu will Münkler „prärogative“ Vollmachten des Regierungschefs, die es ähnlich wie die Notverordnungsbefugnisse des Reichspräsidenten erlauben würden, Entscheidungen unter Zeitdruck zu treffen (333f.). Zudem warnt er vor einer „moralpolitischen Überdehnung“, von der nur der Populismus profitiere (378).

Maulls Argumente für eine Erneuerung der Zivilmachtkonzepts

- Vor dem Hintergrund existentieller globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder den Gefahren der Biotechnologie ist die Zivilisierung der internationalen Beziehungen wichtiger denn je.
- Die normativen Vorgaben des GG verbinden die liberaldemokratische innere Ordnung der Bundesrepublik mit einer multilateralen, auf die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen hinarbeitenden Außen- und Sicherheitspolitik.
- Ein grundsätzlicher Wechsel der Außen- und Sicherheitspolitik wird eine „fundamental andere innenpolitische Ordnung herbeiführen oder voraussetzen, wie sie etwa durch die Übernahme der Macht im Staate durch die AfD entstünde“ (27).

Die machtpolitischen Grundlagen des Zivilmachtkonzepts ausbauen

- Kluge Machtpolitik verknüpft verschiedene Machtressourcen (Vorbildfunktion, Sanktionen, Anreize etc.) mit einer Kommunikationsstrategie.
- Voraussetzung kluger Machtpolitik ist wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die wichtigsten wirtschaftlichen Machtressourcen (Euro und Binnenmarkt), sind nur mittelbar über die EU zu nutzen.
- Die Attraktivität des liberaldemokratischen Ordnungsmodells kann in Einfluss umgesetzt werden.
- Weitere Formen der Machtausübung sind die Diplomatie und Öffentlichkeitsarbeit und schließlich
- Militärische Mittel zur Abschreckung und glaubhaften Drohfähigkeit.

Zwei multilaterale Wege zur Gewinnung von Macht und Einfluß

- Nutzung bereits bestehender multilateraler Strukturen. Unterstützung einer Europäischen Verteidigungsunion. Dazu ist ev. ein „Vertrag im Vertrag“ erforderlich, der an die Diskussionen um ein „Kerneuropa“ anknüpft.
- Über EU und NATO hinaus Bündnisse und Koalitionen schließen, um mit anderen liberalen Demokratien eine durch Recht bestimmte internationale Ordnung zu stärken.

Insgesamt:

Maull will an der Vision einer multilateralen Weltordnung, „ausgerichtet am Kompass der universalen Menschenrechte und Menschenwürde“ (36) festhalten. Das eigene Machtpotential soll nicht für den Kampf um Einflusssphären genutzt werden, sondern dafür, eine liberaldemokratische Weltordnung zu verteidigen und weiter zu entwickeln.

Kurzes Fazit

Übereinstimmungen 1

Die beiden Autoren :

stimmen weitgehend überein in der Kritik der deutschen Außenpolitik nach 1990, der beide eine einseitige ökonomische Orientierung und die naive Vernachlässigung von strategischen Überlegungen und militärischer Sicherheit vorwerfen.

sehen enge Beziehungen zwischen Außenpolitik und innerer Stabilität der Demokratie, bestimmen sie aber unterschiedlich: Münkler betont die Bedeutung gemeinwohlorientierter und verzichtbereiter Bürger für eine erfolgreiche Außenpolitik, Maull sieht wechselseitige Abhängigkeit zwischen der liberaldemokratischen inneren Ordnung und einer auf dem Völkerrecht gründenden multilateralen Weltordnung.

Kurzes Fazit

Übereinstimmungen 2

- Beide Autoren fordern eine Intensivierung der Europäischen Integration, die Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie eine insbesondere von Kernländern der EU auszugehende gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Kurzes Fazit

Dissens in der Zielsetzung

- Maull will die Machtressourcen der europäischen Demokratien für die Verteidigung einer regelbasierten, dem Menschen- und Völkerrecht verpflichteten internationalen Ordnung nutzen.
- Nach Münkler wird die Zukunft durch die geopolitischen Auseinandersetzungen zwischen wenigen großen Imperien um Macht- und Einflusssphären geprägt sein. Will Europa nicht zum Anhängsel einer der großen Mächte, oder zum Terrain ihrer Auseinandersetzungen werden, muss es (unter deutscher Führung) selbst zu einem souveränen, strategisch handlungsfähigen Imperium werden.